



Ihre Immobilienfachleute hier vor Ort seit 1997.

GÄUBOTE

Tageszeitung im Kreis B

Magazin

186. Jahrgang, Nr. 010

Einzelpreis 2,70 Euro

Samstag | Sonntag 13. | 14. Januar 2024

WOCHENENDE

E 3128

Im Lokalteil

Herrenberg und das Gäu



Die Kuppingerin Jana Stöffler wirft der Polizei bei Özdemir-Besuch ein zu hartes Eingreifen vor. Seite 15

Lokales



Schlechte Nachrichten für Bahnfahrer: Ersatzverkehr wird nochmals um einen Monat verlängert. Seite 19

Lokale Kultur



Die Herrenberger Pianistin Annique Göttler ist auf Youtube und Instagram ein Star. Seite 16

Lokalsport



Jürgen Metz ist mit seiner Frau Carmen erneut beim Biathlon-Weltcup im Einsatz gewesen. Seite 23

Börse

Dax	Euro-Stoxx 50	Euro
16704,56 Pkt. + 157,53 Pkt.	4476,18 Pkt. + 63,93 Pkt.	1,0942 Dollar - 0,45 Cent

Wetter



Mittags -1° | Nachts -5°
Teils bis zum Abend bedeckt, sonst Sonne, auch Glätteis



Urlaubsziel: Inselparadies

Das diesjährige Partnerland der CMT besteht aus 7641 Inseln im Pazifischen Ozean. Außer den Philippinen präsentieren sich mehr als 1600 Aussteller auf der größten Publikumsmesse für Urlaubsreisen von diesem Samstag an bis zum 21. Januar auf dem Stuttgarter Messegelände.

Leitartikel

EU bereitet Militäreinsatz im Roten Meer vor

Die Angriffe der jemenitischen Huthi-Rebellen auf Schiffe im Roten Meer beeinträchtigen den Welthandel. Nach den Attacken der USA und Großbritanniens erwägt die EU, Kriegsschiffe zu entsenden.

BRÜSSEL/WASHINGTON/SANAA. Die Außenminister der EU-Staaten sollen am 22. Januar über eine mögliche Beteiligung der EU an der US-Initiative zur Sicherung der Handelschiffahrt im Roten Meer beraten. Der Auswärtige Dienst der EU hat bereits erste Vorschläge für den Start eines neuen gemeinsamen europäischen Militäreinsatzes erarbeitet. Sie sehen unter anderem die Entsendung von Kriegsschiffen und luftgestützten Frühwarnsystemen vor.

„Wir als Bundesregierung stehen bereit, uns an einer Mission im Roten Meer zu beteiligen, und sind dazu weiter im engen Kontakt mit dem Europäischen Auswärtigen Dienst und den anderen Mitgliedstaaten in der EU“, sagte ein Sprecher des Auswärtigen Amtes.

Die USA und Großbritannien hatten in der Nacht zum Freitag mit Unterstützung der Niederlande, Kanadas, Australiens und Bahrains Stellungen der Huthi angegriffen. Die Schläge seien eine Reaktion auf die „illegalen, gefährlichen und destabilisierenden“ Angriffe auf Schiffe im Roten Meer und beruhen auf dem Recht der Selbstverteidigung,

„Ich werde nicht zögern, bei Bedarf weitere Maßnahmen anzuordnen.“

Joe Biden, US-Präsident, nach den Angriffen gegen die mit dem Iran verbündeten Huthi-Rebellen



Foto: dpa/Susan Walsh

hieß es in einer gemeinsamen Erklärung. Aus dem Iran und Russland kam scharfe Kritik. Die Entwicklung schürt Befürchtungen, dass sich die gewaltsamen Auseinandersetzungen in der Region zu einem größeren Konflikt ausweiten könnten.

US-Präsident Joe Biden bezeichnete die Schläge als „erfolgreich“ und kündigte an, er werde nicht zögern, bei Bedarf weitere Maßnahmen anzuordnen. Ähnlich äußerte sich der britische Premierminister Rishi Sunak. Angegriffen wurden nach Angaben des US-Militärs mehr als 60 Ziele an 16 militärischen Standorten der Huthi. Dazu gehörten Kommando- und Kontrollpunkte, Munitionsdepots, Startanlagen für Raketen, Produktionsanlagen und Luftabwehrsysteme.

Unterdessen belasten die Angriffe der Huthi auf Handelsschiffe bereits die globale Wirtschaft. Der Autohersteller Tesla hatte angekündigt, wegen fehlender Bauteile die Produktion in Grünheide bei Berlin für rund zwei Wochen zu stoppen. Etwa zehn Prozent des gesamten Welthandels laufen über das Rote Meer.

dpa/red

Kommentar

Der Westen geht den Huthis in die Falle

Mit ihren Luftangriffen haben die USA und Großbritannien getan, was die Iran-nahen Rebellen wollten.

VON THOMAS SEIBERT

Mit Luftangriffen auf Militärstützpunkte im Jemen haben die USA und Großbritannien genau das getan, was die iranisch unterstützten Huthi-Rebellen von ihnen wollten. Seit Wochen spielen sich die jemenitischen Kämpfer mit dem Beschuss von Schiffen im Roten Meer als Unterstützer der Hamas und der palästinensischen Sache gegen Israel und den Westen auf. Jetzt können sie sich auch noch in die Opferpose werfen.

Die USA und Großbritannien begründen die Luftschläge mit der Notwendigkeit, den Welthandel zu schützen. Militärisch dürfte der Beschuss aber bedeutungslos sein. Niemand erwartet, dass die westlichen Raketen die kriegserfahrenen Huthis beeindruckt oder gar in die Schranken weisen und neue Angriffe auf die Handelsschiffahrt verhindern werden. Stattdessen drohen nun Raketenangriffe der Huthis in der Golfregion – und weitere westliche Luftschläge.

Für die USA und andere westliche Länder wäre es besser, mehr für ein Ende des Gaza-Krieges zu tun, als die Spannungen im Nahen Osten mit den Luftangriffen im Jemen weiter hochzutreiben. Eine Entspannung in Gaza würde den Huthis die Chance nehmen, sich mit dem Krieg zu profilieren. Nach den westlichen Luftschlägen werden sie ihre Angriffe auf Schiffe auf jeden Fall fortsetzen, um zu demonstrieren, wie unnützlich die Bombardements der Amerikaner und Briten waren. Seit Monaten fürchtet der Westen den Flächenbrand – jetzt zündelt er selbst.

Treffpunkt Foyer mit Sarah Wiener und Paul Ivić

Köchin und Politikerin Wiener und Spitzenkoch Ivić sind zu Gast beim Treffpunkt Foyer unserer Zeitung.

STUTT GART. „Du bist, was du isst“ ist eine alte Binsen – und die Entgegnung darauf war wahrscheinlich nie vielfältiger als im Moment. Essen müssen wir alle. Was die Menschen sich zuführen, ist heute aber ein kontroverser Ausgangspunkt so mancher Diskussion. Zwei, die sich nicht nur von Berufs wegen mit Ernährung auseinandersetzen, sind die Politikerin Sarah Wiener und der Spitzenkoch Paul Ivić, die am Donnerstag, 18. Januar, beim Treffpunkt Foyer in der Sparkassen-Akademie zu Gast sein werden. Wie kann jeder Einzelne etwas bewirken? Was müssen Kindergärten und Schulen leisten? Welche Verantwortung trägt die Politik?

Alle Leserinnen und Leser können sich über den Link www.zeitung-erleben.de/treffpunktfoyer für die Veranstaltung anmelden. nja

Jeder dritte Fernzug der Bahn ist verspätet

Seit 2020 geht es mit Pünktlichkeit der Bahn rapide bergab. Die Bilanz für das vergangene Jahr fällt noch schlechter aus als jene für 2022.

BERLIN. Rund jeder dritte Fernzug der Deutschen Bahn (DB) war im vergangenen Jahr unpünktlich. Wie ein DB-Sprecher mitteilte, wurden 36 Prozent der Halte mit einer Verspätung von mehr als 5:59 Minuten erreicht. Die Pünktlichkeitsquote im Fernverkehr lag damit bei 64 Prozent nach 65,2 Prozent im Jahr 2022. Zur Begründung nannte ein Sprecher der Deutschen Bahn vor allem die vielen Baustellen. Die Schieneninfrastruktur in Deutschland gilt als marode, viele Strecken sind dringend sanierungsbedürftig und entsprechend störanfällig.

„Rund 75 Prozent der Fernverkehrszüge wurden Ende des Jahres auf ihrer Fahrt durch mindestens eine Baustelle ausgebremst“, teilte die DB mit. Das zunächst ausgegebene Pünktlichkeitsziel von mehr als 70 Prozent im Fernverkehr hatte der Konzern schon vor einigen Monaten einkassiert. Ein Halt wird laut bahneigener Definition pünktlich er-

reicht, wenn der Zug weniger als 6:00 Minuten Verspätung hat. Wie viele Züge auf die Minute pünktlich am jeweiligen Bahnhof eintreffen, veröffentlicht der Konzern nicht. Im Regionalverkehr war das bei 91,0 Prozent der Züge der Fall – im Vergleich zu 91,8 Prozent im Jahr 2022. Im Jahr 2020 wurden noch 95,6 Prozent der Halte im Regionalverkehr und 81,8 Prozent im Fernverkehr rechtzeitig angefahren.

Aufgrund des Zustands des Streckennetzes ist es unwahrscheinlich, dass die Pünktlichkeitsquote schon in den nächsten Monaten wieder deutlich steigen wird. Bis 2030 will die Bahn Dutzende Strecken per sogenannter Generalsanierung zu Hochleistungskorridoren machen. Bevor es so weit ist, sind aber erneut viele Baustellen nötig. Bei einer Generalsanierung wird die jeweilige Strecke in der Regel monatelang komplett gesperrt. dpa

Galeria-Insolvenz: keine Abfindung

STUTT GART. Nach der erneuten Insolvenz der Warenhauskette Galeria Kaufhof im Januar müssen auch die Mitarbeiter der Filiale in der Eberhardstraße in Stuttgart erhebliche Einbußen in Kauf nehmen. Laut Betriebsrätin Gülcan Öztas falle für die 20 Mitarbeiter, die entlassen werden sollen, durch die Insolvenz auch ihre Abfindung weg.

Die Filiale in der Stuttgarter City soll Mitte Januar endgültig geschlossen werden. Mitarbeiter, die seit Jahrzehnten für den Konzern gearbeitet hätten, würden laut Öztas nun mit leeren Händen dastehen. Sie erhebt zudem Vorwürfe gegen die Stadt. Diese hätte ihre Zusage nicht eingehalten, den Mitarbeitern von Galeria Kaufhof eine Arbeit in der Stadtverwaltung anzubieten. erg

